

«Für einen Rückzug bräuchte es einen zweiten Sharon»

Der Libanonkrieg war ein solches Desaster, dass der israelischen Führung für eine neue Politik die Rückendeckung fehlt, sagt der Soziologe Moshe Zuckermann.

Mit Moshe Zuckermann sprach Claudia Kühner

Nach einem Jahr Ehud Olmert und einem Krieg - in welchem Stadium steckt der Friedensprozess?

Vermeintlich immer noch in den Spuren Ariel Sharons, der sich partiell aus Westjordanien zurückziehen wollte. Doch dazwischen steht ein Krieg, der für die politische und militärische Führung in einem Desaster endete. Nach neusten Umfragen würde heute der Likud unter Benjamin Netanyahu haushoch siegen. Olmerts Kadima war angetreten, die grosse Wende einzuläuten. Sie war aber nur auf die Person Sharon und mit dem einzigen Programmpunkt einseitiger Rückzug aus Westjordanien zugeschnitten. So zeigt sich heute, dass Kadima eine Partei ohne Substanz ist.

Genauso besagen Umfragen, eine Mehrheit der Israeli wolle Frieden und sei bereit, besetzte Gebiete aufzugeben. Warum dann die Tendenz hin zum Likud, der dazu weit weniger bereit wäre?

Zunächst ist für mich nicht erwiesen, ob diese Mehrheit noch hielte, wenn der Staat bei Räumung von Siedlungen sein Gewaltmonopol einsetzen müsste. Indes: Gerade für einen Rückzug bräuchte es eher den Likud. Das ist das Paradox in der israelischen Politik: Krieg führen Labourregierungen, Friedensabkommen gehen eher mit einer Likudregierung durch, weil die die Opposition hinter sich hätte. Es bräuchte also einen zweiten Sharon.

Jetzt taucht der Name von Ehud Barak auf, des einstigen Premierministers, der Amir Peretz zunächst als Chef der Arbeitspartei beerben möchte. Wie interpretieren Sie diese Entwicklung?

Zunächst, dass der Ruf von Amir Peretz demoliert ist; er wird die jetzige Legislatur kaum durchstehen, schon gar nicht als Verteidigungsminister. Aber auch Baraks Ruf ist nicht gut. Selbst da, wo er Frieden wollte, wollte er ihn mit militärischem Tempo durchsetzen, als wäre er noch Generalstabschef. So ging er 1999 in Camp David vor, als er Yassir Arafat eine Lösung einfach diktieren wollte. Man weiss nicht, welches Kapital Barak heute eigentlich mitbringt.

Welchen Anteil hat die palästinensische Seite für ausbleibende Fortschritte? Ariel Sharon wollte stets die Autonomiebehörde und Yassir Arafat niederringen. Der Sieg der Hamas ist das Resultat dieser Politik. Und mit der Hamas, die eine fundamentalistische Bewegung ist, waren gewaltsame Auseinandersetzungen zu erwarten. Die PLO war immer eine säkulare Bewegung und bei allen Defiziten zivilgesellschaftlich ausgerichtet. Die grosse Frage ist, ob beide Parteien doch noch eine Regierung der nationalen Einheit zu Wege bringen und die Hamas von einigen ihrer extremsten Postulaten Abstand nimmt.

Sehen Sie auf der israelischen Seite eine Umorientierung, die solche Schritte erleichtern würde?

Mittlerweile ist man realpolitisch genug zu erkennen, dass die grosse Rede von «Mit Hamas verhandeln wir nicht» unsinnig ist, zumal man ja längst auf niederer Ebene miteinander spricht, etwa über einen Gefangenenaustausch. Es gibt in Israel Stimmen, die das sehen, auch wenn man sich im Moment noch ein blaues Auge holt damit.

Ehud Olmert ist eigentlich kein Ideologe. Wieso führt er seinen Plan, den teilweisen Rückzug aus Westjordanien, nicht durch? Aussenministerin Tzipi Livni spricht davon, den Palästinensern einen provisorischen Staat bis zur Sperrmauer zu lassen.

Weil er nach dem desaströsen Krieg nicht mehr die nötige Rückendeckung hat. Ob Gras darüber wachsen wird, ist noch die Frage. Wie die Frage ist, ob sich nach den amerikanischen Kongresswahlen der Druck auf Israel erhöht.

Nun war Aussenministerin Condoleezza Rice gerade in der Region. Sehen Sie schon etwas in dieser Richtung?

Da sich die USA in der Region als kriegsführende Macht eingeführt haben, die definiert, wer die Bösen und wer die Guten sind, kann sie nicht als Vermittlungsinstanz agieren wie noch zu Zeiten von Bill Clinton. Frieden gilt es nicht mit amerikafreundlichen Staaten zu schliessen, sondern mit Palästinensern oder mit Syrien, mit dem Irak und Iran. Was Iran und Syrien angeht, sind die Karten nicht gerade günstig für die USA.

Es gibt eine lange Geschichte syrisch-israelischer Kontakte, eine Geschichte von Fehlschlägen, die durchaus nicht nur Syrien zuzuschreiben sind. Die jetzigen Avancen Präsident Assads bleiben ohne substanzielles Echo. Wie werten Sie diese syrischen Vorstösse? Propaganda?

Nicht nur. Assads vordringliches Interesse scheint mir zu sein, sich aus der iranischen Umarmung zu lösen, die ihm nichts bringt. Zweitens kann er nur gewinnen, wenn er sich mit Israel einigt, nämlich die Golanhöhen. Geht er auf Israel zu, bringt er es in Zugzwang, und die Amerikaner müssten sich vielleicht anders ausrichten als in den letzten fünf Jahren. Die grosse Frage ist

aber auch hier, ob Ehud Olmert damit innenpolitisch durchkäme.

Er betont ja ständig, eine Rückgabe des Golan komme nicht in Frage.

Dazu sagt man in Jiddisch: «Hot er gesogt» - das sind nur Worte. Relevant ist, was aus einer historischen Konstellation heraus entsteht. Dann wird ein pragmatischer Olmert anders reagieren.

Was halten Sie von den Berichten über geheime syrisch-israelische Kontakte?

Man weiss noch nichts Definitives. Syrien hat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein Interesse an einer Westeinbindung. Verhandlungen über den Golan hat es ja früher schon gegeben. Auch Amir Peretz hat kurz nach dem Libanonkrieg proklamiert, jetzt sei die Zeit für Verhandlungen mit Syrien gekommen. Ich glaube aber eher nicht, dass der angeschlagene Ehud Olmert die politische Kraft hat, einen solchen Rückzug durchzuziehen.

Und wie würde ein Benjamin Netanyahu auf eine veränderte Konstellation reagieren?

Er ist von allen der grösste Opportunist, würde seine eigene Grossmutter verkaufen und hat kein Rückgrat. Will man einen Frieden erlangen, dann könnte eine Figur wie Netanyahu sogar wünschenswert sein.

Sie haben den veränderten amerikanischen Kongress angesprochen. Im vergangenen Jahr war die so genannte proisraelische Lobby beziehungsweise ihr Einfluss auf den Kongress ein grosses Thema.

Diese Lobby, selbst Israel, würden wie eine heisse Kartoffel fallen gelassen im Moment, in dem sie amerikanische Politik konterkarieren. Die Lobby kann nichts beeinflussen, was wirklich ans Eingemachte ginge.

Wo liegt dann das amerikanische Interesse an einem fortgesetzten israelisch-palästinensischen Konflikt?

Ich würde es nicht so positiv ausdrücken. Im Kalten Krieg war es noch vollkommen klar. Heute ist es eher so, dass Amerika im Nahen Osten seine Politik verfolgt und Israel und Palästina dabei nicht stören. Da ist es auf gut Deutsch egal, ob die beiden sich niedermetzeln.

Der Libanonkrieg hat innerisraelische Defizite freigelegt, die bis heute die Politik bestimmen. Die politische Führung wird ausserdem von Affären erschüttert.

Das ist ein weiterer Faktor in dieser Vertrauenskrise. Man hat das Gefühl, langsam verrotte vieles, auch wenn es nicht stimmt. Sicher aber herrscht eine gewaltige Politikverdrossenheit.

Nun signalisiert Aussenministerin Zipi Livni, für höhere Ämter bereitzustehen. Geben Sie ihr eine Chance?

Sie bringt ein Stück Likud mit durch ihre Familie, also der Grossisrael-Ideologie. Ihre Sprache verrät aber auch den realpolitischen Blick. Dass sie gegen den Libanonkrieg war, kommt ihr heute zugute. Die Frage ist also nicht jene nach ihren positiven Voraussetzungen, sondern ob es eine Grundstimmung gibt, die sagt, es brauche solche Eigenschaften. Da habe ich meine Zweifel.

Schweiz bestätigt Vermittlung

Genf. - Die Schweiz hat zwischen Israel und Syrien vermittelt. Das erklärte Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey am Montag in Genf. Sie bestätigte damit Informationen über Geheimverhandlungen (TA vom 18. Januar). «Die israelisch-syrischen Kontakte wurden von den Medien bekannt gemacht. Die Schweiz hat tatsächlich eine Vermittlerrolle gespielt», sagte Calmy-Rey. Gemäss den Medienberichten ging es um den Entwurf für ein Friedensabkommen. Nach Angaben des Departements für auswärtige Angelegenheiten hält sich Staatssekretär Michael Ambühl bis Mittwoch zu Arbeitsbesuchen im Libanon und in Syrien auf. Die informellen Verhandlungen fanden laut «Haaretz» zwischen September 2004 und Juli 2006 statt. (SDA)

ZUR PERSON

Moshe Zuckermann

Zürich. - Der Soziologe Moshe Zuckermann wurde 1949 in Israel als Sohn von Holocaust-Überlebenden geboren. Zwischen 1960 und 1970 lebte er in Frankfurt, seither wieder in Israel. Zuckermann, der schon mehrfach im «Tages-Anzeiger» zu Wort kam, ist ein scharfer Kritiker der israelischen Besatzungspolitik. An der Universität Tel Aviv lehrt er am Institut für Ideengeschichte. Er befasst sich ausserdem mit Kunst- und Musiksoziologie. Zuckermann ist Autor zahlreicher, auch auf Deutsch lieferbarer Bücher (u. a. «Zweierlei Holocaust», «Wohin Israel?», «Antisemitismus - Antizionismus - Israelkritik»). Zuletzt erschien «Israel - Deutschland - Israel. Reflexionen eines Heimatlosen» im Passagen-Verlag, worin sich Zuckermann in essayistischer Form mit seiner intellektuellen Biografie zwischen den beiden Ländern auseinandersetzt. Gegenwärtig ist Zuckermann Gastprofessor an der Universität Luzern. (ckr)